

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Die Digitalisierung der Beiräte und Ortsämter fördern und ausbauen

Es ist zu begrüßen, wenn die Beiratsarbeit in Bremen nun, wie in der Drucksache 21/623 S gefordert, endlich digitalisiert werden soll. Bereits im September 2024 hatte die Fraktion der FDP im Antrag „Digitales Ratsinformationssystem als erster Schritt für mehr kommunale Transparenz“ (Drucksache 21/382 S) entsprechende Forderungen aus den Beiräten aufgegriffen und den Senat aufgefordert,

- ein barrierefreies Parlaments- und Bürgerinformationssystem inklusive einer entsprechenden Verschlagwortung als digitales Informations- und Suchsystem zu Vorgängen aus der kommunalen Beiratsarbeit für alle Beiräte und alle Bremer Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen;
- zu prüfen, wie die Verwaltung eines digitalen Informationssystems effizient und ressourcenschonend umgesetzt werden kann, zum Beispiel indem die Verwaltung des Systems nicht dezentral über alle Ortsämter, sondern über eine Stelle im Senat oder einem entsprechend ausgestatteten, federführenden Ortsamt erfolgt;
- innerhalb von sechs Monaten nach Bürgerschaftsbeschluss eine Strategie für die weitere digitale Teilhabe der Bremer Bürgerinnen und Bürger und für die Digitalisierung der kommunalen Beiratsarbeit zu entwickeln und zu veröffentlichen, und sicherzustellen, dass WLAN in allen Ortsämtern bereitgestellt wird.

Dass ein Teil der Forderungen, welche noch im November 2024 mit Stimmen der rotrotgrünen Parlamentsmehrheit abgelehnt wurden, nun im Antrag der Regierungskoalition aufgegriffen wird, ist sehr zu begrüßen, wenngleich die Verzögerung misslich ist.

Kritisch zu sehen ist allerdings, dass der bisherige Antrag der Regierungskoalition bislang noch nicht auf Barrierefreiheit der Kommunikation ausgerichtet ist, und dass das Vorhaben eines Ratsinformationssystems nicht angegangen wird. Ebenso ist angesichts der Haushaltslage und einer insgesamt hohen Nutzerzahl in der Bevölkerung bei digitalen Endgeräten fraglich, ob eine Härtefallregelung für

Beiratsmitglieder, die nicht über notwendige finanzielle Ressourcen für digitale Endgeräte zur Ausübung ihrer Beiratsarbeit verfügen, dringlich und notwendig ist. Deswegen sind Änderungen und Ergänzungen am eingereichten Antrag notwendig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Antrag „Die Digitalisierung der Beiräte und Ortsämter fördern und ausbauen“ (Drucksache 21/623 S) wird folgendermaßen geändert:

1. In Beschlusspunkt 1 wird nach „basiert“ ergänzt: „und digitale Barrierefreiheit sicherstellt“.
2. Der bisherige Beschlusspunkt 6 wird gestrichen.
3. Es werden folgende neuen Beschlusspunkte 6, 7 und 8 ergänzt:

„6. ein barrierefreies Parlaments- und Bürgerinformationssystem inklusive einer entsprechenden Verschlagwortung als digitales Informations- und Suchsystem zu Vorgängen aus der kommunalen Beiratsarbeit für alle Beiräte und alle Bremer Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen,

7. zu prüfen, wie die Verwaltung eines digitalen Informationssystems effizient und ressourcenschonend umgesetzt werden kann, zum Beispiel indem die Verwaltung des Systems nicht dezentral über alle Ortsämter, sondern über eine Stelle im Senat oder einem entsprechend ausgestatteten federführenden Ortsamt erfolgt,

8. der Stadtbürgerschaft jährlich über seine Anstrengungen und den aktuellen Sachstand bei der Digitalisierung der Bürgerbeteiligung in Bremen zu berichten.“

Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP